

Bündnis gegen Verdrängung und #Mietenwahnsinn

**Presseeinladung: Großdemonstration gegen Mietenwahnsinn am Samstag
01.06.2024**

**+++ Demonstration von über 150 Initiativen und Hausgemeinschaften +++ Radikale Wende
in der Wohnungspolitik gefordert +++ Kritik an Politik und Immobilienwirtschaft**

Am Samstag den 01.06. um 14:00 Uhr startet am Potsdamer Platz eine Großdemonstration gegen zu hohe Mieten, Verdrängung und Wohnungsnot. Aufgerufen dazu wird von über 150 Initiativen und Hausgemeinschaften sowie dem Berliner Mieterverein und ver.di Berlin. Sie haben sich zum Bündnis gegen Verdrängung und #Mietenwahnsinn zusammengeschlossen.

Das Bündnis fordert eine radikale Wende in der Wohnungspolitik. Die drei zentralen Forderungen sind die Einführung eines bundesweiten Mietendeckels, die Umsetzung des Volksentscheids „Deutsche Wohnen & Co enteignen“, sowie das Verbot von Eigenbedarfskündigungen und Zwangsräumungen.

„Die Miete ist einfach zu hoch und bezahlbarer Wohnraum fehlt überall in der Stadt. Währenddessen schrumpfen unsere Einkommen mit der Inflation. Deshalb brauchen wir dringend einen bundesweiten Mietendeckel. Die Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne muss endlich umgesetzt werden, damit Schluss ist mit den Profiten auf unsere Kosten und wir unsere Wohnungen demokratisch verwalten können. Eigenbedarfskündigungen und Zwangsräumungen verdrängen uns aus unseren Kiezen und machen uns obdachlos, das muss endlich aufhören.“ so Sandra Koch, Sprecherin des Bündnisses gegen Verdrängung und #Mietenwahnsinn.

Die Veranstalter:innen kritisieren den fehlenden politischen Willen, die bestehenden Probleme in der Wohnraumversorgung grundsätzlich zu lösen. Stattdessen seien führende Politiker:innen mehr daran interessiert, sich mit Vertreter:innen der Immobilienwirtschaft zu treffen. Das Bündnis verweist dabei auf den nur zehn Tage nach der Demonstration stattfindenden "Tag der Immobilienwirtschaft", dem jährlichen Treffen des größten Immobilien-Lobbyverbands ZIA.

*„Die Mieten steigen nicht, sie werden erhöht. Und das ist politisch gewollt. Politik und Investor:innen geben sich bei Treffen wie dem ‚Tag der Immobilienwirtschaft‘ die Klinke in die Hand. Doch statt der Profite der Eigentümer:innen und der Dividende der Aktionär:innen müssen endlich wir Mieter*innen im Zentrum stehen. Die Lösungen gegen die Mietenkrise liegen auf dem Tisch. Doch es fehlt an politischem Willen, sie umzusetzen!“,* so Koch weiter.

Das Bündnis lädt alle ein, sich der Demonstration anzuschließen. Eine gerechtere Wohnungspolitik könne nur erreicht werden, wenn Mieter:innen sich überall in Berlin gemeinsam wehren.

„Gemeinsam mit vielen Mieter:innen und Initiativen gehen wir am 01.06. auf die Straße, um zu sagen: Kämpfen lohnt sich! Das Tuntenhaus in Prenzlauer Berg hat es durch öffentlichen Druck geschafft, dass queerer, bezahlbarer Wohnraum erhalten bleibt. In Mariendorf-Ost verweigern über 500 Mieter:innen der Deutsche Wohnen die Zahlung von überhöhten Energiekosten. Das Bündnis "Eigenbedarf kennt keine Kündigung" verhindert gemeinsam mit Betroffenen Eigenbedarfskündigungen. Diese drei Beispiele zeigen: Gemeinsam sind wir stark. Nur so können wir uns wehren und konkrete Verbesserungen durchsetzen", so Mieterin Elisa Kegler abschließend.

Pressevertreter:innen sind herzlich eingeladen, von der Demonstration zu berichten.

Für Vorabberichterstattung sowie Interviews stehen ab sofort Sprecher*innen des Bündnisses als Interviewpartner*innen zur Verfügung. Bei Interesse können zudem betroffene Mieter*innen zu den Themen Eigenbedarfskündigung, überhöhte Betriebs- und Energiekosten, Konflikte in den landeseigenen Wohnungsunternehmen sowie Abriss und Luxusneubau als Gesprächspartner:innen vermittelt werden.

Pressekontakt:

Sandra Koch: +49 163 4925096

E-Mail: presse@mietenwahnsinn.info

Twitter: @MietenwahnsinnB

Instagram: mieten_wahnsinn

Homepage: www.mietenwahnsinn.info

Treffpunkte zur gemeinsamen Anreise im Vorfeld der Demonstration

- Gesundbrunnen Center, Wedding
- Hermannplatz, Neukölln
- S-Bahn Lichtenrade

Demoroute

Auftakt am Potsdamer Platz – Zwischenkundgebung am Hafenplatz (hier sind aktuell 400 bezahlbare Wohnungen vom Abriss bedroht) – Zwischenkundgebung vor der SPD-Zentrale (Kritik an den Verantwortlichen für die verfehlte Wohnungspolitik auf Bundes- und Landesebene) – Abschlusskundgebung am Platz der Luftbrücke (Kritik an den Plänen zur Bebauung des Tempelhofer Feld durch den schwarz-rote Senat.

